

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Rührwelt“ „Rauchschimmer“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einipaltige Nonpareille Seite 60 Pfennig, Restomercile 5.- Reichsmark. „Meine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 4. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Rußlanddebatte im Unterhaus.

Die Mehrheit billigt die Note Chamberlains.

London, 3. März. (WTB.) Im Unterhaus standen die Beziehungen zu Rußland zur Erörterung. Einen Vorgeschmack der herrschenden Spannung erhielt man bereits, als Kenworthy (Arbeiterpartei) den Premierminister fragte, ob seine Aufmerksamkeit auf die Rede Birkenheads am Sonnabend nachmittag gelenkt worden sei.

Nachdem der Liberale Sinclair Kritik an der Regierung geübt und der Konservative Sir Robert Horne ihr Verhalten gebilligt hatte, führte der Führer der Arbeiterpartei,

Ramsay MacDonald

aus, er verteidige das Handelsabkommen, die britischen diplomatischen Beziehungen mit Rußland hätten dem Handelsabkommen nie als eine Chance gegeben. Er wies darauf hin, daß, als Lord Curzon unbestimmte Proteste erhob, nichts geschah, als er jedoch bestimmte Punkte aufwarf, wurden sie behandelt.

die Note zwei Jahre zu spät.

Es sei ein großer Fehler gewesen, die Dinge treiben zu lassen. Er zögere nicht, zu erklären, daß, wenn er im Amt gewesen wäre, eine Note lange vor 1927 gefandt worden wäre. Er wisse nicht, ob die Note in der Sprache ebenso scharf gewesen wäre wie die in einigen Teilen der Note Chamberlains gebrauchte Sprache.

Außenminister Chamberlain

erwiderte, er habe mehr als einen bestimmten Protest gegen bestimmte Handlungen der Sowjetregierung erhoben oder erheben lassen, und die Regierung habe keine Genugtuung auf diese bestimmten Proteste erhalten.

die diplomatischen Beziehungen mit Rußland nicht abgebrochen werden. Er habe der britischen Regierung dringenden Geduld und Nachsicht anempfohlen angesichts einer fortgesetzten Herausforderung, wie sie Großbritannien niemals zuvor von irgendeiner Nation zu ertragen hatte und für die es keine Parallele gäbe.

Chamberlain fuhr fort, er habe bei jeder Gelegenheit die Sowjetvertreter in England aufmerksam gemacht, daß die britische Regierung sich nicht über eine gelegentliche Handlung oder irgendeinen Bruch des Abkommens durch einen unbotmäßigen und unkontrollierten Beamten beklage, sondern über eine fortdauernde und allgemeine Mißachtung des ersten und hauptsächlichsten Zwecks des Abkommens.

Chamberlain führte eine Aeußerung Snowdens an, daß die Tätigkeit der Bolschewisten unmittelbar hauptsächlich gegen Großbritannien gerichtet und daß

der antibritische Charakter des Aufstandes in China auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen sei.

Chamberlain sagte, er hätte diese Aeußerung Snowdens nehmen und in seine Rede einfügen können. Es handle sich nicht um eine Rede hier und dort, es handle sich nicht um Ausbrüche irgendeiner Person, sondern um vorläufige Anstiftung der Weltrevolution und vorläufige Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen.

kommen verhandeln würde. Dies sei die einzige Frage, die er zu beantworten habe. Es könnte gefragt werden, weshalb die britische Regierung die äußerste Geduld angesichts der täglichen Herausforderungen gezeigt habe.

ernsthafte Wunsch, den Frieden der Welt sicherzustellen, zur Beschwichtigung der Fehde beizutragen, die die Zivilisation erschüttert habe.

Chamberlain erklärte, die gesamte britische Außenpolitik sei darauf gerichtet gewesen, Argwohn und die Elemente der Störungen zu beseitigen und den Frieden Europas und der Welt zu stabilisieren und die britische Regierung sei der Ansicht gewesen, daß ein Bruch mit Sowjetrußland, nachdem sie einmal diese Beziehungen aufgenommen habe, keine Rückwirkung auf andere Länder haben müsse, wenn er plötzlich erfolge oder bevor die Welt gesehen habe, welcher Art die Herausforderung sei und bevor die Welt in der Lage sei, die Verantwortlichkeit zu bestimmen.

Lloyd George (liberal)

sagte, diese Erklärung Chamberlains sei außerordentlich verständig, er billige vollumfänglich diese allgemeinen Pläne. Zu den anderen Ministern gegen Moskau fragte Lloyd George, ob man die Bolschewisten, wenn man diplomatische Beziehungen mit ihnen habe, in dieser Weise angreifen dürfe.

Am Schluß der Debatte wurde ein liberaler Änderungsantrag, das Gehalt Chamberlains zum Ausdruck des Mißtrauens um 100 Pfund zu kürzen, mit 271 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Die Waffensuche im Arsenal.

Christlich-sozialer Wahlkreis.

Wien, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte, daß im ehemaligen k. u. k. Arsenal, jetzt gemeinwirtschaftlicher Industriebetrieb, das Hauptwaffenlager des Republikanischen Schutzbundes sei und dort mehrere Tausend Gewehre und Maschinengewehre beschlagnahmt worden seien, haben bisher, wie die Blätter melden, keine Bestätigung erfahren.

Entfärbung im Parlament.

Wien, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Einbruch, den der christlichsoziale Heeresminister Baugoin in das Arsenal unternommen hat, stellt sich jetzt immer mehr als ein typisches Wahlmanöver der Regierung heraus. Seipel hoffte, daß er im Arsenal Waffen des Republikanischen Schutzbundes finden würde; er wollte damit die Wahlagitation bestreiten.

Im Parlament hat Genosse Dr. Bauer anfänglich der Beratung des Wahlgesetzes die Angelegenheit zur Sprache gebracht und festgestellt, daß es sich dabei um einen Mißbrauch der Amtsgewalt handelt. Bauer verlangte, daß gegen den Wehrminister und gegen den Führer der Expedition ein Verfahren eingeleitet wird.

Britische Kriegskosten.

Erste Forderung 20 Millionen Mark.

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat im Unterhaus 950 000 Pfund für die Entsendung der Truppen nach China verlangt, wovon allein für den Truppentransport zur See 530 000 Pfund Sterling. Die Arbeiterpartei bekämpft diese Forderung.

Ständrecht in Shanghai.

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tschangtschungtschang, der neue Kommandeur von Shanghai, hat die Maßnahmen seines Vorgängers zur Unterdrückung jeder kantonsfreundlichen Agitation in Shanghai in verstärktem Maße aufgenommen. Er hat Bestimmungen erlassen, um die Eisenbahnen vor der Agitation der Kuomintangpartei zu schützen.

Umbau der Arbeitsnachweise.

Grundsätzliches zur bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung.

Der soziale Ausschuß des Reichstages hat sich den durchschlagenden Argumenten sozialdemokratischer Kritik über die Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Organisation des Versicherungsträgers für die künftige Arbeitslosenversicherung nicht verschließen können.

In den nächsten Tagen wird sich der Reichsrat mit den neuen Vorschlägen der Regierung zu beschäftigen haben, alsdann werden die entscheidenden Beratungen im Reichstage beginnen. Es ist deshalb notwendig, Klarheit über Aufgaben und Ziele dieser gesetzlichen Neuregelung zu schaffen.

Für die soziale Funktion dieses einheitlichen Organismus ist es von der entscheidendsten Bedeutung, wie die Selbstverwaltung geregelt wird. Nur eine weitgehende Selbstverwaltung unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten, wie es in der Reichsverfassung heißt, schafft jene Atmosphäre des Vertrauens und ermöglicht die Entfaltung aller Kräfte, die für ein richtiges Funktionieren unentbehrlich sind.

Die organisatorische Aufgabe bei einer gesetzlichen Neuregelung läßt sich nur durch Schaffung eines Reichsträgers lösen. Es besteht deshalb Übereinstimmung darin, das Reichsamt für Arbeitsvermittlung in eine Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung umzuwandeln, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts wird. An dem gegenwärtigen Aufbau ändert sich nichts, auch der künftige Reichsträger gliedert sich in öffentliche Arbeitsnachweise, Landesämter für Arbeitsvermittlung und Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Die gesetzliche Neuregelung ist aber auch die entscheidende Voraussetzung zur Klärung der Selbstverwaltung. Gegenwärtig wird der öffentliche Arbeitsnachweis von der Erziehungsgemeinde verwaltet, für gemeinsame öffentliche Arbeitsnachweise bestimmt die oberste Landesbehörde, welche Erziehungsgemeinde die Verwaltung übernimmt.

Die künftige Reichsanstalt als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit ihrer Gliederung in öffentliche Arbeitsnachweise, Landesämter und Reichsamt wird nicht mehr zwischen Verwaltung und Geschäftsführung unterscheiden, sondern ihre Angelegenheiten in vollständigem Umfange selbst zu erledigen haben.

Für eine wirkliche Selbstverwaltung dieser neuer Organisation hängt alles davon ab, welchen Einfluß die Versicherten auf die Organe der Reichsanstalt, das sind: Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt und die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Landes-

Stadtverordnetenbeschluss zum Wohnungsbau. Notstandsarbeiter. — Beamtenbesoldung. — Ministergärten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Frage des Wohnungsbaues gestern dem Beschluss des Ausschusses zugestimmt, ohne dass es noch einmal zu einer Debatte kam. Der Magistrat wird nun schleunigst die nötigen Schritte tun müssen, die Finanzierung der Wohnungsbauten und mit ihr den rechtzeitigen Beginn der Bauausführung zu erreichen.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst das aus dem vorbereitenden Ausschuss zurückgekommene

Wohnungsbauprogramm,

das auf einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag zurückzuführen ist, behandelt. Unser Antrag hatte bekanntlich vom Magistrat die Ausarbeitung von Richtlinien für einen vermehrten Wohnungsbau in Berlin verlangt.

Im Polizeipräsidium ein Jugendheim

errichtet werden soll. Man will durch Errichtung dieses Heimes erreichen, dass wegen Obdachlosigkeit, Mittellosigkeit und Arbeitslosigkeit aufgegriffene Jugendliche im Polizeipräsidium nicht mit verwahrlosten und verbrecherischen Elementen zusammengebracht werden müssen.

Notstandsarbeiter bei Lohnausfall

insolge Witterungseinflüsse nicht schlechter zu stellen, als die Erwerbslosen. Den Notstandsarbeitern soll ferner Arbeitskleidung geliefert werden und es soll ihnen ferner gestattet sein, auf den Arbeitsplätzen Vertrauensleute zu wählen.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Wir gingen ins Speisezimmer, ich entschuldigte mich bei meiner Mutter, der Vater neigte würdevoll den Kopf. „Deine Suppe ist fast kalt,“ sagte Mama, „ist rasch.“ Ich legte mich und sah, ohne zu antworten. Niemand sprach ein Wort, das Schweigen war erdrückend.

Die Veränderungen im Ausschuss durchgeführt hat. Krause betonte, dass es nicht angängig sei, die Notstandsarbeiter besser als die im freien Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter zu bezahlen. Im Baugewerbe sei es nicht üblich, Feiertage, die infolge Regen oder Frost oder Materialmangel eintreten müssen, zu bezahlen.

In einer Vorlage zur Kenntnisnahme hatte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, dass es gegenwärtig unmöglich ist, in den Fällen, in denen der Oberpräsident die Wiederherstellung der Besoldungsordnung für Beamte beantragt hat, den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bringt hierbei zum Ausdruck, dass eine eingehende Prüfung durch den Magistrat vorgenommen werden möge über die finanzielle Auswirkung der völligen Wiederherstellung der Besoldungsordnung nach dem Stande vor den Beantragungen durch den Oberpräsidenten, weiter der am 18. November 1926 angenommenen Anträge und einer eventuell notwendig werdenden Rückübertragung der durch die erwähnten Anträge veranlassenen Veränderungen der Besoldungsordnung.

In der Aussprache mußte sich Genosse Flatau gegen ungerechtfertigte Angriffe des Deutschnationalen Lingweiler verteidigen. Einen Zusammenstoß gab es dann aus dem gleichen Anlaß zwischen dem Volksparteiler Caspari und den Deutschnationalen. Caspari wies die Redereien Lingweilers mit aller Energie zurück und betonte, daß die Deutschnationalen sich endlich einmal abgewöhnen sollten, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit bei Beamtenfragen ihre agitatorischen Thesen zu drehen.

In vorgerückter Stunde wandte sich dann die Versammlung der Weiterberatung des Antrages des Zentrums wegen der Herstellung einer

Verbindungsstraße durch die Ministergärten.

im Zuge der Französischen Straße nach der Bismarckstraße zu. Stadt. Genosse Wendt vertrat den Standpunkt unserer Fraktion und brachte dabei zum Ausdruck, daß man der Widerstand leistenden Reichsregierung in Verhandlungen klar machen müßte, daß die Berliner Stadtverwaltung durchaus Verständnis für die historischen Tatsachen und die städtebaulichen Wirkungen der Ministergärten habe.

Durchbruch stimmen. Merxen (Dem.) forderte, daß die Reichsregierung den Bedürfnissen der Millionenstadt Berlin, die sich ständig vergrößere und an Einwohnern zunehme, entgegenkomme. Gegenüber den Stimmen, die die finanzielle Undurchführbarkeit des Planes immer wieder in den Vordergrund stellten, betonte Merxen, daß niemand verlange, das Projekt von heute auf morgen durchgeführt zu sehen; es müsse aber endlich einmal angefangen werden, es müssen alle Vorbereitungen getroffen werden.

Das leerstehende Kinderkrankenheim. Ein Mahnruf des Bezirksamts Prenzlauer Berg.

Auf dem ehemaligen Gzerzerplatz in der Eberswader Straße, im Berliner Norden, befindet sich bekanntlich das vom Staat und Stadt seit etwa sieben Jahren gemeinsam betriebene Ambulatorium für kranke und gelinkranke Kinder.

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit, daß die Inbetriebnahme eines fertiggestellten Neubaus, dessen Einrichtung von den städtischen Körperschaften zur Erweiterung der Einrichtungen des Ambulatoriums genehmigt worden war, noch nicht erfolgen konnte. Die Schwierigkeiten, die der Militäriskus als Besitzer des Geländes bereite, dürften überwunden sein. Trotzdem hat auch jetzt noch nicht die Eröffnung des neuen Hauses, das 4 Krankensäle mit 35 Kinderbetten, eine Röntgenabteilung und mehrere Untersuchungszimmer, Wäsche- und Badegelassen, eine Küche und ein Bürozimmer enthält, stattfinden können.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg hat deshalb auch in seiner letzten Sitzung einen Beschluss gefasst, in dem es darauf hinweist, daß der auf dem Gelände des Ambulatoriums aus städtischen Mitteln errichtete Neubau nunmehr seit 10 Wochen schlüsselfertig und unbenutzt leer steht; dieser Zustand sei nicht länger zu ertragen. Das Bezirksamt beschloß, den Magistrat zu ersuchen, die gesamte Einrichtung des Ambulatoriums spätestens bis zum 1. Juli 1927 in rein städtische Verwaltung zu übernehmen, fogleich die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das neu errichtete Haus am 1. April 1927 als Kinderkrankenheim in Betrieb genommen werden kann, und schließlich die benötigten, vom Bezirksamt drinnend angeforderten Geldmittel zu überweisen, um im Laufe des Monats März die Einrichtung mit Wäsche, Matrasen, Möbeln, Instrumentarium und sonstigen Inventar vollführen zu können.

Tödlicher Unfall eines Radfahrers. Ein schwerer Straßenunfall trat sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr in der Frankfurter Allee zu. Der 62jährige Arbeiter Otto M. aus der Rühnener Straße 30, der sich mit seinem Rade auf dem Heimweg befand, wurde in der Frankfurter Allee von einem Straßenbahnzug der Linie 69 erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Der Verunglückte wurde nach kurzer Zeit geborgen und in schwerverletztem Zustand zur nächsten Rettungshütte gebracht, wo der Arzt aber nur den inzwischen eingetretenen Tod infolge doppelten Schädelbruches und innerer Verletzungen feststellen konnte. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

und Mutter sahen sich an. Paul rührte sich nicht, Alice stand auf. „Jetzt hole ich die Mehlspeise, hoffentlich werdet ihr nicht mehr lange eure Trauermienen zur Schau tragen, ihr seid ja bei keinem Begräbnis.“ „Geh an deine Arbeit und kümmer dich nicht um Dinge, die dich nichts angehen,“ herrschte sie der Vater an. Alice ging lachend aus dem Zimmer. Kaum war sie draußen, als der Vater der Mutter ein Zeichen machte, sie zuckte die Achseln. Er gab sich aber nicht zufrieden und wandte sich an André, der mich höhnisch ansah. „Warum lachst du?“ „Ueber die Verlegenheit meines teuren Bruders, schaut, wie er rot wird, weil er auf frischer Lat erlappi worden ist.“ „Das ist aber schon zu blöds! Warum sollte ich denn erröten? Weil ich mit der Patin gesehen wurde?“ „Konntest du nicht bis Abend warten? Hastest du ihr denn etwas so Wichtiges zu erzählen? Eigentlich sonderbar,“ bemerkte die Mutter und sah mich mißbilligend an. Nun verließ mich die Fassung und ich rief: „Wenn ich euch schon sage, daß ich sie rein zufällig getroffen habe.“ „Kannst du nicht anders mit deiner Mutter reden, du giftige Kröte,“ beendete mein Vater das Gespräch. Ich blickte ihm in die Augen, wieder war ein kleiner Gallenergruß zu merken. Als ich seine Wut sah, wurde ich plötzlich ganz ruhig. Nun war ich wirklich neugierig, was er noch hinzufügen würde. Seine Laktit war mir jetzt klar: er wollte mich ins Unrecht setzen, um mich dann vor allen anderen demütigen zu können. Zornig stammelte er: „Du elender Wicht, du wagst es, zu deiner Mutter frech zu sein, zu deiner Mutter, die . . .“ Ich unterbrach ihn: „Ich bin nicht frech gewesen, ich habe nur gesagt, daß ich kein Rendezvous mit der Patin gehabt hatte. Und wenn ich mir auch eines gegeben hätte, so wäre es meine eigene Angelegenheit!“ setzte ich plötzlich herausfordernd hinzu. „Du bist ein gemeiner Kerl, du trohst mit deiner Mutter, du beschimpfst deine Mutter!“ „Ich sprach gar nicht mit der Mama, ich spreche mit dir und beschimpfe niemanden.“ Ich stand auf und wollte das Zimmer verlassen, um dieser Szene ein Ende zu machen. „Bleib und bitte deine Mutter um Verzeihung, du

gemeiner Kerl; du unterstehst dich, die Mutter in meiner Gegenwart zu beschimpfen! Auf die Knie, elender Wicht!“ Das Lächerliche dieser Szene kam mir zum Bewußtsein. Ich blickte ihn wieder an und schwieg. Er wiederholte: „Auf die Knie!“ Nun wendete ich mich zur Mutter: „Vielleicht war ich ein wenig heftig, aber ich habe kein Verbrechen begangen und man (ich betonte das Wort) hat das Mögliche getan, um mich aufzubringen.“ „Die Höflichkeit ist ja nie deine hervorragendste Eigenschaft gewesen, wenigstens mir gegenüber nicht,“ erwiderte sie. Ich biß mich auf die Lippen. „Danke schön!“ dachte ich. Dann wandte ich mich zum Vater: „Ich bin nicht mehr der zehnjährige Junge, den du nach Belieben mißhandeln konntest.“ Ich ging hinaus, aber er folgte mir auf den Korridor. Alice, die gerade eine Schüssel ins Zimmer tragen wollte, blieb ganz betroffen stehen. Er packte mich an den Schultern, aber ich machte mich los und wich zwei Schritte zurück. „Geh in dein Zimmer und bleib bis zum Abend darin.“ „Ich tue das, was mir paßt.“ „Ich befehle es dir, ich werde dich dazu zwingen, ich bin dein Vater.“ „Du selbst bringst mich dazu, dich zu erinnern, daß du nicht in deinem Hause bist.“ „Nicht in meinem Hause?“ brüllte er. „Aline, hast du gehört, was diese Kanaille keinem alten, kranken, sterbenden Vater zu bieten wagt? Daß er nicht in seinem eigenen Hause ist! Ich bin hier der Herr und . . .“ „Ganz und gar nicht, du bist bei deiner Frau, das ist ein großer Unterschied.“ „Was sagst du da?“ „Ich sage, daß du nur bei deiner Frau gebudei wirst,“ wiederholte ich kalt. „Alles im Hause gehört ihr: der Mietvertrag lautet auf ihren Namen. Du hast also keine anderen Rechte als die, die sie dir zubilligt. Hoffentlich verstehst du mich dieses Mal!“ Alice standen im Korridor. „Was, du wagst es vor ihnen . . .?“ Er zeigte auf die Kinder. „Wenn du mir vor ihnen drohst, setze ich nicht ein, warum ich mich nicht vor ihnen verteidigen sollte.“ „Jacques, du bist gemein,“ sagte die Mutter. „Möglich, aber man darf mich nicht zwingen, gemein zu werden.“ (Fortsetzung folgt.)

Berlin unter der Last der Wirtschaftskrise.

Einen untrüglichen Maßstab für den Grad der wirtschaftlichen Krise geben die Zahlen über die jeweilige herrschende Arbeitslosigkeit. Diese läßt sich heute für jedes Wirtschaftsgebiet, für jede Stadt im einzelnen feststellen. Nach einer Aufstellung, die der Stadtrat Dr. Zander, Berlin-Spandau, in den „Berliner Wirtschaftsberichten“ veröffentlicht, ging der Anteil der Berliner Arbeitslosen für die Gesamtzahl im Reich mit Anfang des Jahres 1925 ständig zurück. Dieser für Berlin günstige Stand dauerte aber nur bis zum April. Ende 1925 und dann besonders im Laufe des Jahres 1926 ist die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung nicht nur absolut dauernd gestiegen, sondern hat auch im Vergleich zu der Entwicklung im Reich einen außerordentlich ungünstigen Verlauf genommen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger.

In dem Zeitraum April 1924 bis April 1925 entfielen im Durchschnitt auf je 1000 Einwohner im unbesetzten Reichsgebiet 6,9 Hauptunterstützungsempfänger, in Berlin 8,3. Ein gewissermaßen „normales“ Verhältnis, wenn man bedenkt, daß Berlin ein Wirtschaftszentrum ersten Ranges mit stark zusammengeballten Arbeitermassen darstellt. Im Jahre 1925-26 (bis Mai 1926) ändert sich dies Verhältnis dergestalt, daß im Reich auf je 1000 Einwohner 194,2, in Berlin aber 220,5 Unterstützungsempfänger kamen. Von diesem Zeitpunkt an nimmt das Ansteigen der Arbeitslosigkeit einen bedrohlichen Umfang an; die betreffenden Zahlen sind 384,1 zu 545,8. Zeigt das Reich von 1924-25 bis 1926 eine nahezu vierfache Verschlechterung, so die Stadt Berlin eine fast fünfzehnfache. Noch eindringlicher tritt die ungünstige Entwicklung der letzten drei Jahre in Berlin vor Augen, wenn wir den Reichsdurchschnitt jeweils gleich 100 setzen:

	1924/25	1925/26	1926
im Reich	100	100	100
in Berlin	120,8	186,6	170,9

Stellt man einen Vergleich zwischen den deutschen Großstädten mit mehr als 250 000 Einwohnern an, so ergibt sich, daß Berlin in dem ganzen Zeitraum vom Mai 1921 bis April 1924 mit 18,8 von je 1000 Einwohnern an zweiter Stelle hinter Dresden mit 19,6 stand. In der Zeit von April 1924 bis April 1925 rückt es sogar mit 8,3 unter den 13 Großstädten (die im ehemals besetzten Gebiete gelegenen Großstädte, sowie Eriettin und Stuttgart sind in die Betrachtung nicht eingezogen) an die neunte Stelle, um schließlich im Jahre 1926 mit 45,3 wieder an die zweitungünstigste Stelle hinter Nürnberg (53,7) zu rücken.

Das Elend der Arbeitslosigkeit.

Bei einer vergleichswelisen Gegenüberstellung der Arbeitslosenzahlen zur gesamten Einwohnerzahl tritt aber das Elend der Arbeitslosigkeit noch nicht ganz deutlich in die Erscheinung. Namentlich Berlin mit seinen zahlreichen Behörden und Regierungsorganen und sonstigen zentralen Institutionen beherbergt ein großes Heer Festangestellter und Beamten. Ferner sind die Berufslosen, Pensionäre und Rentner immerhin verhältnismäßig stark vertreten. Anders, wenn man nur die im Produktionsprozeß, die in Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe Tätigen zum Vergleich heranzieht. Kamen an einem bestimmten Stichtage (1. März 1926) in Berlin auf je 1000 Einwohner 44,7 Hauptunterstützungsempfänger, so waren es am gleichen Tage auf je 1000 Berufstätige 103,8. Gezählt sind aber nur die Hauptunterstützungsempfänger, deren Zahl um die Mitte des Monats Februar rund 183 000 betrug. Dazu die Zuschlagsempfänger mit 113 000. Zu den Hauptunterstützungsempfängern müssen aber noch etwa 65 000 hinzugezählt werden, die, weil ausgesteuert, von der städtischen Arbeitslosenversicherung, Krisen- usw. Unterstützung betreut werden müssen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Mitte Februar 270 000.

Die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen, so unzulänglich sie auch sein mögen, machen doch gemaltige Summen aus, die die Berliner Wirtschaft außerordentlich stark belastet. Bekanntlich müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten je zur Hälfte aufbringen. Wenn wir weiter hinzunehmen die gemaltigen Summen für die Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen, kurz die gesamten Kosten der Wohlfahrtspflege, die direkt zu Lasten der städtischen Kassen gehen,

so ergibt sich ein erschütterndes Bild von der ungeheuren Notlage, in der ein großer Teil der Berliner Bevölkerung sich seit Jahren befindet. Und noch ist eine Besserung nicht zu erblicken.

Aus den Bezirken.

2. Bezirk. — Tiergarten.

Die KPD. hatte einen Antrag gestellt, auf Einhaltung der 45- bzw. 46stündigen Arbeitswoche bei städtischen Bureaubeamten und Arbeitern. Der Antrag war durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auf Einhaltung der 46stündigen Arbeitswoche überholt und wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Dann berichtete Sen. Schlegel über den Ausschuß, der sich mit den Streichungen des Etats befaßt hatte. Von allen Seiten wurde betont, daß der Ausbau des Krankenhauses No 60 eine Notwendigkeit ist, der man sich nicht mehr entziehen kann. Die Streichung dieses Postens ist nicht nur für den Bezirk, sondern für die gesamte Berliner Bevölkerung unerträglich. Es wurde eine gemischte Deputation gewählt, die beauftragt wurde, noch einmal mit dem Magistrat wegen Wiedereinsetzung dieses Postens zu verhandeln. Die Deutsche Volkspartei hatte eine Antrage wegen des Neubaus des Kleistplatzes gestellt. Anträge formten mit dieser Antrage nicht verbunden werden, weil die Deutsche Volkspartei selbst in der vorigen Sitzung eine neue Geschäftsordnung, die eine solche Möglichkeit vorsah, abgelehnt hatte. Es war schwer, den Fragestellern klarzumachen, daß die von ihnen gebilligte Geschäftsordnung nun auch Gültigkeit hat, wenn es ihnen unbehagen ist.

5. Bezirk. — Friedrichshain.

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks Friedrichshain hatte sich anfangs mit einem Dringlichkeitsantrag der Kommunisten zu befassen. Sie erhoben Einspruch dagegen, daß in der Schule Andreasstraße ein Weltpanorama eröffnet werden soll. Angeblich werden dadurch dem Schulbetrieb Räume entzogen. Stadtrat Genosse Klotz stellte jedoch fest, daß die Einschulung verhältnismäßig gering ist. Die Räume sind von der Schuldeputation selbst zur Verfügung gestellt. Zum Ausbau wurden bereits mehrere tausend Mark verwendet. Die Eröffnung soll schon am 7. März stattfinden, da das Weltpanorama sich als eine äußerst wichtige Einrichtung bewiesen hat. Der Einspruch der KPD. wurde abgelehnt. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, die bisherigen Räume des Wohlfahrtsamtes nach ihrer Räumung dem Wohnungsamt zur Verfügung zu stellen, wurde nach einer Begründung durch Ge-

nossen Theel einstimmig angenommen. Ein Antrag der Deutschen Nationalen wachte sich gegen die geplante Umstellung der Schule in der Diefelmeierstraße zu einer Sammelschule. Weillliche Schulen seien „ungefährlich“. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die SPD-Fraktion beantragte, daß künftig das Bezirksamt jeweils am 18. März einen Kranz auf dem Friedhof der Kriegesgefallenen niederlegen möge. Genosse Gutkunst begründete den Antrag, der dann zur Annahme kam. Im weiteren Verlauf der Sitzung brachten die Deutschen Nationalen einen Demonstrationsantrag zur Debatte auf Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ohne Rücksicht auf das Einkommen der Familienmitglieder. Genosse Siegle verweist darauf, daß am 1. April die Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt und der Antrag damit überflüssig sein dürfte. Ein von ihm gestellter Abänderungsantrag wollte demgegenüber vermeiden, daß künftig durch Fragen wie Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit, Zustand, Auspfehlung und Bedürftigkeit die Zurechnung der Unterstützung nicht mehr in ungerechter Weise beeinflusst werden dürfe. Durch einen aus nichtiger Ursache entstehenden Tumult erreichte die Versammlung ein vorzeitiges Ende.

6. Bezirk. — Kreuzberg.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit den Abstrichen, die der Magistrat an dem Haushaltsvoranschlag des Bezirks für das Jahr 1927 vorgenommen hat. Die Streichungen betragen bei den einmaligen Ausgaben etwa 1,6 Millionen und bei den laufenden Ausgaben etwa 300 000 M. bei einer Gesamtausgabe von 21,5 Millionen. Die größten Beiträge an einmaligen Ausgaben sind bei den vom Gesundheitsamt bewirtschafteten Kapiteln, Krankenhäuser und Badeanstalt, gestrichen worden, und zwar mit der Begründung, daß die Krankenhausfrage im Hinblick auf die unzulänglichen Einrichtungen im Urban und in der Glitschiner Str. in der Weise gelöst werden soll, daß im Laufe der nächsten Jahre ein neues Krankenhaus für den Bezirk Kreuzberg gebaut wird, und man somit die Ausgaben für seine Umbauten, die nur Fixwert sein könnten, sparen müsse. Erhebliche Abstriche sind auch beim Kapitel Post- und Gartenverwaltung zu verzeichnen. Beim Kapitel Wohnungsamt sind die von der Bezirksversammlung eingesehen 100 000 M. zur Herichtung desolater Wohnungen auf 3000 M. zusammengestrichen, eine Summe, mit der natürlich im Hinblick auf den Zerfall unzähliger Wohnungen wenig anzufangen ist. Genosse Robinson empfiehlt als Berichterstatter des Haushaltsausschusses im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen die Wiedereinsetzung von Posten im Betrage von etwa 380 000 M. bei den einmaligen und etwa 120 000 Mark bei den laufenden Ausgaben, so daß bei Annahme dieser Zusätze noch etwa 1,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag erpariert wären. In der Debatte sprach der deutschnationalen Stadtratsrat Rimbcl. nach seiner Meinung könne dem Berliner Finanzelend nur durch eine Drofflung des Zuzugs aus der Provinz gesteuert

Am Dienstag, nachm. 5 1/2 Uhr, nach noch längem, schwerem Regen im fast vollendeten 54. Lebensjahre mein lieber Mann unser treuer, sorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Wollschneiderei
Richard Hildebrandt
Die Einäscherung findet am Montag, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium Baumkullerweg statt.
Um dieses Beileid bitten
Anna Hildebrandt nebst Tochter,
Vogelgr. Str. 41.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Dreher
Karl Hübener
am 24. Februar gestorben ist.
Ferner den Kollegen zur Nachricht, daß der Gärtler
Erich Eschke
am 2. März gestorben ist.
Ihre Ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 5. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simons-Gemeinde-Rickhofes in Vrlg. Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

OPEL

Klein-Lieferwagen
4% **Mk. 3300.**

Groß-Lieferwagen
(Tragfähigkeit des Chassis 1 1/2 To.)
mit Aufbauten von **Mk. 5150.**

PREISE AB WERK

ADAM OPEL · RUSSELSHEIM AM MAIN

Mit der Filzbrille

Sieht man flüg in die Welt und scheut selbst die kleine Zwage zur Beseitigung der ausbleibenden Bänderungen mit dem vielmillionenfach vergrößerten Rutilol-Glinsegeblen.
Dünster. Podung 75 Pfg.; Rutilol-Glinsegeblen-Binden 4 Stück 60 Pfg.
Filz ist nur gut, wenn er zweifach verarbeitet wird, wie z. B. bei den wunderbaren Rutilol-Glinsegeblen, die der sicherste Schutz gegen kalte und nasse Füße sind und als bestes Vorbeugungsmittel gegen alle Erkältungskrankheiten, wie Schnupfen, Keuchhusten, Grippe und Rheumatismus, ganz hervorragend bewährt haben. 1 Paar echte Rutilol-Glinsegeblen 1,25 bis 1,75 Rm., in einfacher Ausführung 80 Pfg. bis 1.-Rm. Unübertrefflich imprägnierte Rutilol-Glinsegeblen in einfacher Ausführung 6 Paar nur 30 Pfg.
Rutilol-Tabak Karl Friedl, Groß-Solex bei Nagelboms

Wo?
kleide ich mich
gut und billig
bei bequemster
Teilzahlung?
Nur in der
Maßschneiderei
für elegante
Herren- u. Damen-Kleidung
fertig und nach Maß.
J. Kurzberg
Oranienstraße 160, L.
Chausseestraße 1
Eingang Elssässer Straße, L.

Feinde der Volkswirtschaft.

Disconto-Gesellschaft um 50% erhöhte Reingewinne - Gewissenlose Bankpolitik

Als erste der großen Berliner D-Banken hat die Disconto-Gesellschaft ihre Abschlußziffern für 1926 jetzt bekanntgegeben und sie durch Herrn Dr. Salomonsohn interpretieren lassen. Man kann die Disconto-Gesellschaft als die wichtigste deutsche Großbank ansehen, die die engste Verbindung gerade zu den kapitalstärksten Industriegruppen unterhält. Sie gilt in eingeweihten Kreisen auch als die solideste. Wie günstig oder ungünstig sie abschließt, darf als Gradmesser für die Geschäfte der Schwerindustrie aller Gebiete gelten, die von ihr gediehene Reinigung als Reinung des schweren Kapitals. Wenn die Disconto-Gesellschaft für 1926 aus ihrem Kredit-, Emissions- und Börsengeschäft einen noch ihren Abschlußziffern von 10,67 auf 15,35 Millionen, d. h. um 50 Proz. gesteigerten Gewinn aufweist, so spricht das Bände für die finanzielle Besserstellung, die das deutsche Schwerkapital im Jahre 1926, in dem furchtbarste Krise und rapidester Aufschwung unmittelbar einander folgten, erzielt hat.

Aber Herr Salomonsohn hat sich auch zu dem Kernproblem der endgültigen deutschen Wirtschaftsgesundung, zur Frage der billigen Kreditversorgung geäußert, die in der

Größe der Zinspanne

zum Ausdruck kommt. Er hat gesagt, daß die Zinspanne so lange nicht verkleinert werden dürfe, als die Einnahmen der Banken aus den Provisionen nicht voll die gesamten Geschäftskosten der Banken decken. In dem bei der Pressebesprechung ausgehändigten Bericht heißt es, daß die Habenzinsen nicht weiter hätten ermäßigt werden können, infolge der Konkurrenz der Sparkassen und sonstigen öffentlichen Kreditanstalten. Mit diesem Lob der öffentlichen Banken bestätigt Herr Salomonsohn, daß es nach dem Willen der Disconto-Gesellschaft die Aufgabe der Großbanken gewesen wäre, trotz der dauernden Senkung des Reichsbankdiskontos die Zinspanne noch weiter zu halten, als es geschehen ist, mit anderen Worten, die Kreditversorgung der deutschen Gesamtwirtschaft zu verteuern. In dieser Ansicht kommt ein Profitwille von einer Bedenkenlosigkeit zum Ausdruck, die im schärfsten Widerspruch steht zu dem gerade von den Großbankführern erhobenen Anspruch, Bankpolitik im Interesse der Volkswirtschaft zu machen, aber noch härter im Widerspruch steht zu den finanziellen Ergebnissen, die die Großbanken, insbesondere die Disconto-Gesellschaft, zu verzeichnen haben. Prüfen wir sie.

Ausgewiesene und tatsächliche Gewinne.

Herr Salomonsohn erklärte selbst, daß die bei den in- und ausländischen Aktien-, Obligationen- und Pfandbriefemissionen erzielten Gewinne in der Gewinn- und Verlustrechnung bei weitem nicht voll ausgewiesen worden seien, obwohl sie für das Jahr 1926 mit 6,57 gegen 1,77 Millionen im Vorjahre fast vierfach sind.

Darüber hinaus seien die unbefristeten Innenreserven, die ebenfalls nicht in der Bilanz erscheinen, um mehrere Millionen verstärkt und „auf große Höhe“ gebracht worden. Ueber die Gewinne aus dem Effektengeschäft hinaus werden aus dem Wechsel- und Kreditgeschäft durch die Zinsentung verringerte Einnahmen von 23,63 (25,20) Millionen, aus dem Provisionsgeschäft aber erhöhte 30,57 (24,50) Millionen ausgewiesen. Mit anderen Worten insgesamt ein Rohgewinn von 66,67 gegen 57,95 Millionen Mark. (Unter Einfluß der Norddeutschen Bank (Hamburg) und dem Schaaffhausenschen Bankverein (Köln) 81,72 gegen 71,19 Millionen.) Der Umsatz der Disconto-Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr von 59,56 auf 88,12 Milliarden, also um rund 50 Proz. gestiegen. Demgegenüber sind die Geschäftskosten trotz der 50prozentigen Steigerung der Geschäfte in der Disconto-Gesellschaft allein gleich geblieben, wenn man die im vorigen Jahre justierte Bank für Thüringen hinzu nimmt, nur von 42,50 auf 46,93 Millionen gestiegen. Die Steuern sind trotz der 50prozentigen Steigerung der Umsätze von 4,79 auf 4,40 Millionen zurückgegangen. Es bleibt ein Reingewinn von 15,35 Millionen, in dem aber eine erhebliche Zahl von Millionen nicht enthalten ist, wie Herr Salomonsohn selbst ausführte, gegenüber einem Reingewinn von 10,67 Millionen im vorigen Jahre, wo Sondergewinne kaum zu verzeichnen waren. Also auch der Reingewinn ist um rund 50 Proz. erhöht. Aus diesem Reingewinn wird die für die Disconto-Gesellschaft wohl traditionell werdende Dividende von 10 Proz. verteilt, die schon in den früheren Jahren verteilt wurde. Diese Dividende läuft für ein um 35 auf 155 Millionen erhöhtes Aktienkapital, wobei die neuen 35 Millionen nur etwa drei Monate lang im Geschäft tätig waren, aber für das ganze Jahr die Dividende erhalten. In der Bilanz erscheint die aus der Effektenhausse, der Leistungssteigerung der durch Beteiligungen beherrschten Werke und Banken und aus der Werterhöhung der Gebäude und Liegenschaften erzielte Wertzuwachs als stille Reserve nur so gestapelt; keinen dieser Gewinne bringt die Bewertung zum Ausdruck.

Schein und Sein der „Wirtschaftsführer“.

Gegenüber einem derartigen Abschluß ist der schrankenlose Profitwille des Herrn Salomonsohn schon privatwirtschaftlich eine Brutalität, denn die Disconto-Gesellschaft bedeutet selbst die ihr nahestehenden großen Firmen ohne jede Hemmung aus. Sozialwirtschaftlich ist charakteristisch, daß die um 50 Proz. gesteigerten Umsätze und die um 50 Proz. gesteigerten Reingewinne erzielt worden sind, was die Disconto-Gesellschaft allein anbelangt, mit einer noch um 300 Beamte verringerten Angestelltenzahl; auch wenn man den Zugang durch die Bank von Thüringen berücksichtigt, ist das Personal mit 7551 Ende 1926 gegenüber dem Vorjahr nur um 186 Personen erhöht. Volkswirtschaftlich aber kommt in der Erklärung

des Herrn Salomonsohn, daß die Provisionen allein die gesamten Geschäftskosten zu decken hätten, die Ansicht zum Ausdruck, daß die in unerhörter Weise gesteigerten Bankentnahmen aus dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft, für den von der Allgemeinheit die schwersten Opfer gebracht werden, d. h. die Sondereinnahmen der Banken aus der riesigen Verschuldung gegenüber dem Ausland, aus dem Wiederaufbau des Realcredits, aus der von den Großbanken bis zuletzt bewußt geförderten Börsenspekulation und aus der Ausstattung der Industrie zur Rationalisierung der Betriebe für nichts zu gelten haben und daß die Privatbanken aus diesen Sondereinnahmen nichts zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft beizutragen haben. Sie haben nur Gewinne zu verlangen gegenüber der furchtbaren Tatsache von 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, die in die Wirtschaft zum großen Teil gerade deshalb nicht zurückgepumpt werden können, weil die Banken die Wirtschaftskredite teuer halten, die aus den übrigen großen Gewinnen stark verbilligt werden könnten. Daß auf dem Wege zur Normalisierung der deutschen Wirtschaft Vorkriegsgrundsätze der privaten Bankpolitik im volkswirtschaftlichen Interesse nicht angewendet werden dürfen, daß die Anwendung solcher Grundsätze die sich mühsam hochkämpfende Volkswirtschaft neuen Abgründen zutreiben muß, diese Selbstverständlichkeit scheint Herrn Salomonsohn noch nicht aufgegangen zu sein. Wie Schloch verlangt er sein Hund Fleisch. Und wie Herr Salomonsohn als D-Bankleiter, so handeln seine Kollegen in der schweren Industrie aller Arten und Stufen.

Die Bilanz der Disconto zeigt deutlich, was bei dieser Politik herauskommt. 140 Millionen sind der Disconto-Gesellschaft (ohne Hamburg und Köln) neu zugeflossen an fremden Mitteln. Davon aber stecken über 80 Millionen in Darlehen für die Börsenspekulationen, die gegenüber dem Vorjahre fast vierzehnfach sind. Wir wollen das Bild nur abrunden durch einen zweiten Vorgang: Die Pfandhauspolitik bei der Kreditgewährung hat sich in demselben Maße verstärkt, in dem die Geschäfte größer wurden. Während die durch besondere Pfänder gedeckten Kredite von 279,87 auf 377,44 Millionen gestiegen sind, sind die ungedeckten Kredite von 104,13 auf 85,13 Millionen gesunken. Diese beiden Daten genügen, um die Wirkung der von dem Wirtschaftsführer Herrn Salomonsohn für gut gehaltenen Bankpolitik zu kennzeichnen.

Mit einer solchen Bankpolitik sollte kein Mann, der volkswirtschaftlich gebildet ist und das Gesamtinteresse nicht nur im Munde, sondern auch im Herzen und im Verstande zu führen vorgibt, wie es unsere Großbankführer tun, etwas zu tun haben. Das auszusprechen, scheint uns angesichts der furchtbaren Lage des Arbeitsmarktes und der unbekümmerten Ellenbogenverzicht unserer sogenannten Wirtschaftsführer eine unausweichliche Pflicht.

Zum Subventionsgesuch der Mologa H.-G. Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ scheinen die Subventionswünsche der Mologa-Konzession in der Höhe von 25 Millionen Mark Tatsache. Die Schwierigkeiten werden zurückgeführt auf die ungünstige Preisbildung für den Holzverkauf in Rußland, die auch einen Export nach dem Ausland nahezu unmöglich gemacht habe, auf die Unterschätzung der Anlagelkosten, auf Fehldispositionen, die mit der Unübersichtlichkeit der russischen Wirtschaftsent-

Wir eröffnen morgen, vorm. 11 Uhr,
die 25. Niederlassung in Gross Berlin,
Neukölln, Bergstr. 9
die 26. Niederlassung in Gross Berlin,
Warschauerstr. 65

Das Besondere an Salamander besteht darin, dass jedes Paar in der eigenen Schuhfabrik hergestellt und jeder Preis von der fabrik festgesetzt wird. Nur das gibt die Gewähr, dass jedes Paar gut und preiswert ist.

6 Preise:

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 21⁰⁰ 24⁰⁰



SALAMANDER

